



II-3666 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

KARL BLECHA  
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

Zl. 97.111/158-SL III/85

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten  
KRAFT und Genossen, betreffend Ver-  
längerung des Zivildienstes.

1681 IAB  
1985 -12- 3 0  
zu 1703 13

Zu Zahl 1703/J-NR/1985

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

Zu der von den Abgeordneten KRAFT und  
Genossen am 6. November 1985 an mich gerichteten schrift-  
lichen Anfrage Zl. 1703/J-NR/1985, betreffend Verlängerung  
des Zivildienstes, beehre ich mich mitzuteilen:

Zu den Fragen 1 und 2:

Ich kann die Auffassung des Verbandes der  
Sozialistischen Offiziere und Beamten des  
Bundesheeres, daß die Dauer des Zivildienstes  
verlängert werden soll, nicht teilen.

Zur Frage 3: Wenn ich auch nicht verkenne, daß der Verband  
der Sozialistischen Offiziere und Beamten des  
Bundesheeres diese Forderung aus Sorge um die  
Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft  
erhoben hat, so fehlt meiner Ansicht nach hierfür  
jede stichhaltige Begründung.

Ich habe dem Verband der Sozialistischen  
Offiziere und Beamten des Bundesheeres bereits

- 2 -

mitgeteilt, daß die in der Forderung zum Ausdruck gebrachte Ansicht, der Zivildienst weise subjektive und objektive Vorteile gegenüber dem Wehrdienst auf, weder der Rechtslage noch der Praxis entspricht.

Das Zivildienstgesetz geht von einer grundsätzlichen Gleichbehandlung von Zivildienstpflichtigen und Wehrpflichtigen sowohl im Hinblick auf die durch die Dienstleistung gegebene Belastung als auch im Hinblick auf die finanziellen Ansprüche aus.

Auch in der Praxis braucht die dienstliche Belastung der Zivildienstleistenden einen Vergleich mit den Wehrdienstleistenden nicht zu scheuen. So haben vor allem die in Krankenanstalten, im Rettungswesen und in der Sozialhilfe eingesetzten Zivildienstleistenden, das sind ca. 80 %, ihren Dienst durchgehend und ohne Leerläufe unter oft erheblichen physischen und psychischen Belastungen zu versehen. Ähnliches gilt auch für die übrigen Dienstleistungssparten.

Eine Verlängerung des Zivildienstes käme daher angesichts der insgesamt verwirklichten Gleichbehandlung von Zivildienstpflichtigen und Wehrdienstpflichtigen einer sachlich nicht gerechtfertigten und daher dem Gleichheitsgrundsatz widersprechenden Bestrafung der durch eine unabhängige Kommission als glaubwürdig angesehenen Gewissensentscheidung gleich.

20. Dezember 1985

Karl Piller